

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Deutsch-Französische Zusammenarbeit 2.0? – Seite 1

dfi information

Fotogalerien der Jahrestagung des dfi – Seite 3

Politischer Protest in Frankreich – Seite 6

Ratlosigkeit und diffuse Stimmungen nach der Europawahl – Seite 7

Studie über das Mobilitätsprogramm des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) – Seite 8

„Sigmaringen. Eine andere deutsch-französische Geschichte“ – Seite 9

dfi service

20 Jahre Deutsch-Französische Hochschule – Seite 10

Neue Personalien bei der DFH – Seite 10

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg

Ausgabe 3 | 2019

Deutsch-Französische Zusammenarbeit 2.0?

Jahrestagung des dfi im Zeichen der beiden neuen Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich – Aachener Vertrag und Parlamentsabkommen



Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages, bei der XXXV. Jahrestagung des dfi. Quelle: Werner Kuhnle.

dfi analyse Man hat es angesichts der vielen Konflikte zwischen der deutschen und der französischen Regierung (Nordstream, Wahl der Kommissionspräsidentin usw.) schon fast vergessen: Deutschland und Frankreich haben in diesem Jahr 2019 wichtige neue vertragliche Grundlagen zu ihrer Zusammenarbeit auf den Weg gebracht.

Der Aachener Vertrag, der am 22. Januar unterzeichnet wurde, ergänzt den Elysée Vertrag aus dem Jahre 1963, um den geänderten Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts besser Rechnung zu tragen. Die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen soll intensiviert, Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung sollen besser koordiniert, ein gemeinsamer Wirtschaftsraum soll geschaffen und die Beziehungen zum afrikanischen Kontinent sollen intensiviert werden.

Die größte Neuerung betrifft aber die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten. Erstmals in der Geschichte beider Länder wird es eine umfangreiche Zusammenarbeit zwischen den beiden Parlamenten geben:

„Die vereinbarte Zusammenarbeit zwischen Assemblée nationale und Deutschem Bundestag ist

eine zeitgemäße Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen, zu der unsere beiden Nationen im Übrigen in der Lage sind, weil wir aus den Erfahrungen einer inzwischen jahrzehntelangen freundschaftlichen Zusammenarbeit schöpfen. Der nationale Blickwinkel wird in Paris und Berlin also künftig, wo dies notwendig und möglich ist, stärker geweitet. Ergänzt um den des Freundes. Wir tun das im Wissen um die unterschiedlichen Verfassungstraditionen, die nicht vergleichbare Rechtslage, das jeweils unterschiedliche Gewicht, das die Verfassungen den Parlamenten in Deutschland und Frankreich verleihen.“ So Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, der mit einer Gruppe aus deutschen und französischen Abgeordneten das neue Abkommen erarbeitet hat, im Rahmen einer feierlichen Matinée am 29. Juni mit über 600 geladenen Gästen des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg.

Die Abgeordneten Nils Schmid und Christophe Arend sowie Senator Jean-Marie Bockel diskutierten unter Leitung von Frank Baasner die Perspektiven der parlamentarischen Zusammenarbeit. Ein konkretes Ziel sei es, die Arbeit der Fachausschüsse in der *Assemblée nationale* und dem Bundestag zu koordinieren, um die Umsetzung

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:

► <http://www.dfi.de/storno>

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

von europäischen Richtlinien zu harmonisieren. Wolfgang Schäuble bekam für seine Rede und auch während der Diskussion wiederholt Szenenapplaus für sein engagiertes Plädoyer für weitere europäische Initiativen.

Der Großveranstaltung vorausgegangen war eine eintägige Fachkonferenz, auf der vor allem der Aachener Vertrag einer kritischen Prüfung unterzogen wurde. Was kann man realistisch von den Neuerungen erwarten? Wie viel Konfliktpotential verbirgt sich unter den vertraglichen Formulierungen? Bei den Diskussionen ging es vor allem um vier Themen: um den angekündigten deutsch-französischen Wirtschaftsraum, um die Frage der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und um die kommunale Ebene der Kooperation.

Wie soll man sich innerhalb des Binnenmarkts eine deutsch-französische Sonderrolle vorstellen? Vor allem geht es aus Sicht der Wirtschaftsvertreter, die ihre Expertise in die Diskussion einbrachten, um eine Vereinheitlichung administrativer Bestimmungen und um die schrittweise Angleichung der Besteuerung und der Sozialstandards. Es versteht sich von selbst, dass es hier nur um langfristige Perspektiven gehen kann. Aber z.B. bei den Regelungen zur Entsenderichtlinie, die bei jedem Arbeitseinsatz im Nachbarland einen geradezu absurden Verwaltungsaufwand erfordern, könnten deutsch-französische Vereinfachungen auf EU-Ebene einen gewissen Druck erzeugen. Das Thema des gemeinsamen Wirtschaftsraums, das erkennbar von französischer Seite priorisiert worden ist, soll mit Sicherheit auch für den Rest der Eurozone bzw. der EU Impulse geben.

Der zweite Bereich, zu dem der Aachener Vertrag weitreichende Aussagen trifft, ist die europäische Verteidigung. Die Bemühungen um eine Stärkung der gemeinsamen europäischen Verteidigungsfähigkeit sind mehr als 60 Jahre alt und immer noch unvollendet. Sicher: mit der deutsch-französischen Brigade und mit den europäischen „Battle Groups“ gibt es Instrumente, die den Kern einer intensiveren Zusammenarbeit bei der Verteidigung bilden könnten. Bei den Diskussionen wurde jedoch schnell klar, dass die völlig unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Bedingungen dem gemeinsamen militärischen Handeln enge Grenzen setzen. Während der französische Präsident den Einsatz der Truppe befehlen kann und das Parlament erst nachträglich informieren muss, hat der Bundestag beim Einsatz der Bundeswehr das letzte Wort. Und trotzdem, das zeigt z.B. der Einsatz in Mali, kann die Bundeswehr die französische Armee in der Praxis durchaus unterstützen. Man kann kaum davon ausgehen – darin waren sich die Diskutanten schnell einig – dass sich in absehbarer Zeit etwas an den Rahmenbedingungen ändert. So wird der Schwerpunkt in näch-



Das Publikum bei der Jahrestagung des dfi. Quelle: Werner Kuhnle.

ster Zeit auch stärker auf der Herausbildung gemeinsamer Führungskapazitäten liegen, mit dem Fernziel, eine gemeinsame strategische Kultur zu entwickeln. Mehr Spielraum besteht zumindest theoretisch bei der industriellen Kooperation, wo große Rüstungsprojekte vereinbart worden sind. Aber auch hier zeigen sich große Hindernisse, etwa bei der Frage der Regeln und Bedingungen für den Waffenexport.

Besonders viel von den neuen Vertragsgrundlagen erhoffen sich die Bewohner der Grenzregion. Über die Möglichkeit von Experimentierklauseln sollen gemeinsame Projekte – etwa im Bereich der Verkehrsinfrastruktur oder gemeinsame Kindertageseinrichtungen – einfacher realisiert werden. Dass darin eine echte Chance liegt, da sind sich der lothringische Abgeordnete Christophe Arend und der saarländische Landtagspräsident Stephan Toscani einig. Allerdings wird sich erst mit der Zeit zeigen, inwiefern dadurch tatsächlich Verfahren vereinfacht und Integrationsprozesse beschleunigt werden. Die Erwartungen der betroffenen Bürger sind groß – es wird vor allem darauf zu achten sein, dass diese positiven Erwartungen durch die Langsamkeit und das Zögern in Verwaltung und Politik nicht vollständig enttäuscht werden.

Bemerkenswert ist, dass die kommunale Ebene im Aachener Vertrag eine besondere Anerkennung findet – zum ersten Mal wird diese ganz wichtige Ebene der deutsch-französischen Kooperation ausdrücklich in einem Vertragstext genannt und gewürdigt. „Die deutsch-französische Zusammenarbeit findet auf ganz unterschiedlichen Ebenen statt und es wurde Zeit, dass das auch vertraglich anerkannt wird“, betont der Kölner Bürgermeister Andreas Wolter, der den Vorsitz im Deutsch-Französischen Ausschuss im Rat der Gemeinden und Regionen Europas innehat. „Die vielfältigen Aktivitäten der über 2000 Städte- und Kommunalpartnerschaften sind aus den engen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern nicht wegzudenken“, erinnert Margarete Mehdorn, Präsidentin der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesell-

schaften für Europa, „sie wirken stabilisierend, wenn es politisch mal nicht so gut läuft“. Künftig sollen sie und andere zivilgesellschaftliche Initiativen durch einen gemeinsamen Bürgerfonds finanziell gefördert werden. Auch hier gilt es, die Erwartungen durch allzu langsames und zögerndes Handeln nicht zu enttäuschen.

Hier zeigt sich, wie wichtig das Parlamentsabkommen ist. Denn eine der Aufgaben dieses neuen Gremiums wird es auch sein, die Absichtserklärungen der Regierungen auf ihre Umsetzung hin zu überprüfen. Viel zu oft wurden gute Vorhaben angekündigt, die aber bald wieder in den Schubladen der Amtsstuben verschwanden. Abgeordnete sind ihren Wählern Rechenschaft schuldig, und die Regierungen sind den Parlamenten ihrerseits Rechenschaft schuldig. Auf diesem neuen Weg könnte es gelingen, an einigen entscheidenden Punkten konkrete Besserungen zu erreichen.

Dass die Zeit drängt und viele Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass den Ankündigungen der Verträge konkrete politische Projekte folgen, rief der ehemalige Ministerpräsident Baden-Württembergs, Erwin Teufel, bei seiner Begrüßung auf der Matinée mit Wolfgang Schäuble in Erinnerung. Die Stärke der deutsch-französischen Beziehungen liege gerade in der doppelten Verankerung in der Gesellschaft und in den demokratischen Institutionen. Diese Überzeugung prägt seit mehr als 70 Jahren die Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts. Jean-Dominique Giuliani, Präsident des diesjährigen Partners der Veranstaltung, der Fondation Robert Schuman, bekräftigte die besondere Bedeutung, die in Frankreich trotz aller Meinungsverschiedenheiten der deutsch-französischen Zusammenarbeit zuge-messen wird.

Frank Baasner ► baasner@dfi.de

(s. auch die Fotogalerien auf den Seiten 3 bis 5)

Fotogalerien der XXXV. Jahrestagung des dfi

Deutsch-französische Zusammenarbeit 2.0 - Potenziale und Handlungsperspektiven des Aachener Vertrages und des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens (Fotos: dfi)



(v.l.n.re.) Jean-Claude Tribolet, Claire Demesmay und Wojciech Szymanski diskutieren unter der Moderation von Stefan Seidendorf über die Bedeutung des Aachener Vertrags.



Die Tagungsteilnehmer im Gespräch.



Die Mitarbeiter des dfi.

Dîner-débat in der Musikhalle: Was bringt der Aachener Vertrag den Bürgern? (Fotos: W. Kuhnle)



Stephan Toscani, Landtagspräsident des Saarlandes, erläutert die Erwartungen der Grenzregionen an den Aachener Vertrag.



Christophe Arend, Abgeordneter in der Assemblée nationale, antwortet Stephan Toscani aus französischer Perspektive.



Christophe Chaillou, Generaldirektor der Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe, vertritt den französischen Dachverband der kommunalen Partnerschaften.



Podiumsdiskussion mit Stephan Toscani, Christophe Arend, Frank Baasner und Dietmar Persch.



Margarete Mehdorn, Präsidentin der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa, engagiert sich für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit.



Andreas Wolter, Bürgermeister der Stadt Köln, plädiert für die Stärkung kommunaler Partnerschaften.



Die Teilnehmer der Jahrestagung bei der Podiumsdiskussion in der Musikhalle.



Landrat Rainer Haas, hier neben seiner Frau, sprach in seiner Funktion als Vize-Präsident des internationalen Rats der Gemeinden und Regionen Europas.

Matinée: Die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten (Fotos: W. Kuhnle)



Podiumsdiskussion mit Jean-Marie Bockel, Nils Schmid, Frank Baasner, Wolfgang Schäuble und Christophe Arend.



Mehr als 600 Personen folgten aufmerksam der Diskussion.



Nils Schmid, Mitglied des Deutschen Bundestages, berichtet von der Entstehung des Parlamentsabkommens und der aktiven Rolle baden-württembergischer Abgeordneter.



Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages, erläutert in seiner Rede die innovative Kraft des deutsch-französischen Parlamentsabkommens.



Mitglieder des Fördervereins, Frank Annuscheit und Martin Setzer, im Gespräch mit dfi-Präsident Erwin Teufel und Frank Baasner.



Hélène Miard-Delacroix, Mitglied im Vorstand des dfi, Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Marie Bockel, Senator, Frédéric Petit, Mitglied der Assemblée nationale, Stephan Toscani und Christophe Arend.

Politischer Protest in Frankreich

Von den 1970er Jahren bis zu den „Gelbwesten“

Im Rahmen eines Exkursionsseminars verbrachten acht Studentinnen der Universität Kassel vom 3. – 6. Juni vier Arbeitstage in der Frankreich-Bibliothek, um über Ursachen, Darstellung und Folgen verschiedener Protestwellen, die das Land in den letzten 40 Jahren erlebt hat, zu forschen.

Angeleitet und unterstützt wurden sie dabei von Professor Jörg Requate. Themen waren neben der „Gelbwesten“-Bewegung z.B. Proteste gegen das Atomkraftwerk Plogoff und gegen die Abschaffung der Privatschulen Anfang der 1980er-Jahre und die Aktionen der *Association Les Enfants de Don Quichotte* zur Unterstützung der Obdachlosen.

Sara Degen, Studentin auf Lehramt an Gymnasien in den Fächern Französisch, Mathematik und Geschichte (ab WS 19/20):

„Sehr spannend war für mich herauszufinden, wie es dazu kam, dass das in Plogoff im äußersten Westen der Bretagne geplante Atomkraftwerk, nicht gebaut wurde: Durch zahlreiche Protestaktionen, die zwischen 1979 – 1981 stattgefunden haben, ist es den Atomkraftgegnern seinerzeit gelungen, den Bau des Werks zu einem landesweit kontrovers diskutierten Thema zu machen, und so haben sie letztlich wohl erreicht, dass François Mitterrand im Wahlkampf 1981 versprochen hat, ihn im Falle seines Wahlsiegs zu beenden. In der Hausarbeit, die ich nun schreiben werde, möchte ich mich damit beschäftigen, wie die Diskussion um und die Proteste gegen das Atomkraftwerk in Plogoff in den Zeitungen aufgenommen und dargestellt wurden und inwiefern diese eventuell den Protestverlauf und die Reaktionen der nationalen Politik gefördert haben.“

Lisa Vogel, Studentin auf Lehramt an Gymnasien in den Fächern Französisch und Mathematik:

„1981 beauftragte François Mitterrand seinen Bildungsminister Alain Savary, einen Plan für den Aufbau eines einheitlichen, laizistischen Bildungswesen auszuarbeiten, das für eine größere Bildungsgerechtigkeit sorgen sollte. Das daraus folgende Gesetzesprojekt sah vor, die zahlreichen, hauptsächlich von der katholischen Kirche betriebenen Privatschulen ins staatliche Schulsystem zu integrieren und die dort angestellten Lehrer zu verbeamten. Dagegen regte sich heftiger Widerstand auf Seiten der Betroffenen, die in der geplanten Reform einen schweren Eingriff in ihre Bildungsfreiheit sahen. Das Wegfallen der staatlichen Subventionen für Privatschulen führte in ihren Augen



Die Studentinnen aus Kassel mit Jörg Requate vor dem Eingang der Frankreich-Bibliothek. Quelle: dfi.

nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern dazu, dass nur noch sehr reiche Eltern ihren Kindern alternative Bildungswege ermöglichen könnten. Die Proteste wurden in den Medien v.a. von der Zeitung *Le Figaro* unterstützt, in der öffentlichen Diskussion von der katholischen Kirche und konservativen Politikern wie Simone Veil. Moderate Stimmen, die die positiven Seiten der Gesetzesänderungen betonten und die u.a. in *Le Monde* zum Ausdruck kamen, konnten sich demgegenüber kaum Gehör verschaffen und so wurde der Plan Savary schließlich komplett aufgegeben.“

Alina Greiser, Studentin auf Lehramt an Gymnasien in den Fächern Französisch und evangelische Religion, und Yvonne Hesse, Studentin auf Lehramt an Gymnasien in den Fächern Französisch, Englisch und Geschichte:

„Als wir vor zwei Jahren in Paris an der Sorbonne studiert haben, hatten wir den Eindruck, dass man hier als Vegetarier oder jemand, der darauf achtet, nur Fleisch von Tieren zu essen, die artgerecht gehalten wurden, häufig als verschrobener Exot angesehen wird. Deswegen interessierte uns, wie in der französischen Presse Fragen zur Massentierhaltung und den Zuständen in Schlachthöfen diskutiert werden: Im *Figaro* werden Tierschützer meist recht abfällig beschrieben und lächerlich gemacht. Den Aufbau von Agrargroßbetrieben wie der „*Ferme des mille vaches*“ (dt. Bauernhof der 1.000 Kühe), die in der französischen Öffentlichkeit zu einem Sinnbild der Industrialisierung der Landwirtschaft geworden ist, stellt die gleiche Zeitung als notwendig dar, um die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Betriebe zu erhalten. In der

Berichterstattung der *Libération* war in diesem Zusammenhang das Wohl der Tiere deutlich wichtiger und es wurde auch die Frage nach den Rechten der Tiere gestellt.“

Ida Jericho, Studentin auf Lehramt an Gymnasien in den Fächern Französisch und Englisch:

„Ich habe mich in Ludwigsburg mit den Aktionen der *Association Les Enfants de Don Quichotte* (dt. die Kinder von Don Quichotte) beschäftigt, der im Winter 2006-2007 durch die Vergabe von Zelten und andere Aktionen die schwierige Situation der Obdachlosen in Frankreich lindern wollte. Damit hat er den Betroffenen zugleich eine mediale Aufmerksamkeit verschafft, die ihnen bisher nicht zu Teil wurde. Beim Vergleich der Berichterstattung in der französischen Presse darüber ist mir aufgefallen, dass in der christlich geprägten Zeitung *La Croix* meist Einzelschicksale in den Mittelpunkt gestellt wurden, wohingegen sich *Le Monde* bemühte, das Problem der Wohnungslosigkeit gesamtgesellschaftlich einzuordnen und den emotionalen Darstellungen in anderen Medien nüchterne Fakten entgegenzusetzen.“

Martin Villinger ▶ villinger@dfi.de

Ratlosigkeit und diffuse Stimmungen nach der Europawahl

Zweiter Teil der Studienreise „Dealing with European Issues – Four countries – Four visions of Europe“

Nachdem sich die Teilnehmer aus Polen, Italien, Frankreich und Deutschland im letzten November mit den französischen und italienischen Positionen zu Europa und der innenpolitischen Aktualität befasst hatten, stand nun die Studienreise nach Berlin und Wrocław auf dem Programm.

Zunächst galt es, die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament aus der Perspektive dieser internationalen Journalistengruppe zu beleuchten. Erkenntnisse aus der ersten Reise wurden ebenso diskutiert wie unterschiedliche Wahrnehmungen in der jeweiligen Bevölkerung erläutert.

Was folgte war ein Parforceritt durch die deutsche Parteienlandschaft. Wieder war es unser Ziel, mit Vertretern aller im Bundestag vertretenen Parteien zu sprechen, was auch gelungen ist. Die Erkenntnisse jedoch waren teilweise ernüchternd.

Die beiden (bisher) großen Volksparteien waren im Programm durch ihre jeweiligen Jugendorganisationen vertreten. Durchaus hohe Repräsentanten zeigten sich zwar offen und entgegenkommend, teilweise aber auch rat- oder planlos, wie man aus der Krise herauskommen könnte. Fehler wurden erkannt, so z.B. die Erkenntnis, dass man zu lange akzeptiert habe, dass „Randparteien“ die Themen setzten, die die Parteien der Mitte dann aufzugreifen hätten. Auch die Art der Kommunikation wurde kritisiert: die Lebenswelten aktueller Politiker und jungen Menschen hätten keine Schnittmenge mehr. Problem sei auch, dass junge Menschen sich in erster Linie für Einzelthemen interessieren würden, es somit Volksparteien schwer haben, hier auf Zustimmung zu treffen.



Die Gruppe vor dem Brandenburger Tor. Quelle: dfi.

Ein Abgeordneter der GRÜNEN hingegen sprach sehr offen über die derzeitige Strategie seiner Partei, die davon profitieren kann, dass Einzelthemen attraktiv sind. Es sei besser, sich ruhig zu verhalten und wenig Konkretes zu sagen, denn gewählt würde man trotzdem, man böte zudem wenig Angriffsfläche. Ansonsten gab er durchaus detaillierte Auskünfte über europäische Themen, z.B. zur Position der GRÜNEN über die Beziehung zu den Staaten auf dem Balkan. Das Gespräch mit einem Berliner Abgeordneten der LINKEN gab Einblicke in eine Partei, der es kaum gelingt, ihr

Wählerpotential trotz steigender sozialer Ungleichheiten auszubauen. Für zukünftige Wahlen setzt diese Partei weiterhin auf einen starken Lagerkampf.

Kurz vor einem aufziehenden Unwetter waren wir zu Gast bei der Berliner AfD, die sich gewohnt kämpferisch, zeitweise auch aggressiv präsentierte. Interessant war zu hören, wie die Vorstellungen der verschiedenen extrem rechten Parteien innerhalb der EU auf vielen Ebenen nicht zusammenpassen. Keine neue Erkenntnis, aber dennoch interessant im Hinblick auf die weitere Entwicklung der europäischen Union.



Die Gruppe in Wrocław. Quelle: dfi.

Ein Treffen der ganz besonderen Art war die Zusammenkunft mit dem polnischen Botschafter in Deutschland. Entgegen jeder diplomatischen Gepflogenheit begann er seinen Vortrag mit Vorwürfen gegen das Gastland. Er kritisierte, dass Deutschland zum Untergang des Christentums beitrage, weil fundamentale Werte an Bedeutung verlieren. Wenn deutsche Politiker betonten, dass ihnen die Werte der französischen Revolution Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als maßgebliche Orientierung dienen, ist dies für ihn Beleg genug. Polnische Politiker hielten hingegen die Werte Gott, Ehre und Heimat hoch. Weiter sei die Hinwendung Polens zu den USA unabdinglich, da

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

man sich nicht auf eine deutsche Solidarität bei einem etwaigen Angriff aus dem Osten verlassen könne.

Der Eindruck, dass sich in der polnischen Politik und Öffentlichkeit zwei unversöhnliche Lager gegenüberstehen, zwischen denen kaum noch Kommunikation möglich ist, zeigte sich dann auch bei Paneldiskussionen im Rahmen der deutsch-polnischen Medientage, zu denen sich die Gruppe nach den Tagen in Berlin gemeinsam auf den Weg machte.

In Wrocław, wo die 12. Ausgabe dieser Medientage stattgefunden hat, wollten die Veranstalter rund um die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit mit der Teilnahme französischer und italienischer Journalisten einen europäischen Akzent setzen. Einige Journalisten leiteten dann auch Workshops und gaben damit entsprechenden Input.

Bei den Diskussionen im Plenum kamen aber wiederum große Konflikte zu Tage, die eine sachliche Auseinandersetzung schwer machten. Die Begegnungen mit einem Vertreter der Woiwodschaft Niederschlesien und dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Wrocław gaben dann aber einen Einblick in die deutsch-polnische Thematik

und zeigten auf, welche Fragen auf dieser Ebene der politischen Entscheidungen im Vordergrund stehen.

Damit ging eine erkenntnisreiche, wenn auch teilweise ernüchternde Woche zu Ende.

Die Rückmeldungen der Teilnehmer geben uns wieder einmal recht, dass dieses Format der Studienreisen weiterhin ein sehr geeignetes Mittel ist, sich direkt vor Ort zu informieren und sich im Anschluss eine eigene Meinung zu bilden, bis heute unabdingbar (nicht nur) für Journalisten.

Susanne Binder ▶ binder@dfi.de

Studie über das Mobilitätsprogramm des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW)



Das Forschungsteam des dfi bei einer Besprechung. Quelle: dfi.



Quelle: dfi

Welchen Einfluss hat ein Auslandspraktikum für den Berufsweg? Welche Rolle spielt diese zumeist erste Erfahrung im Partnerland in der persönlichen Entwicklung von jungen Menschen?

Diese Fragen will ein Team des dfi im Rahmen eines auf drei Jahre angelegten wissenschaftlichen Projekts beantworten.

Im Auftrag des DFJW führt das dfi eine Studie durch, die den Einfluss von berufsbegleitenden Praktika im Partnerland auf die berufliche und persönliche Entwicklung von jungen Menschen untersucht.

In diesem Zusammenhang hat das dfi inzwischen bereits 1.100 Praktikumsberichte quantitativ und qualitativ analysiert, das entspricht etwa einem Sechstel aller im Zeitraum von 2013 bis 2016 vom DFJW finanzierten Praktika. Mit Hilfe dieser Analyse sollen Hypothesen belegt werden, die sich auf die Eindrücke der Praktikanten direkt nach dem Praktikum beziehen. Statistische Untersuchungen unterstützen die Analyse.

Gleichzeitig wird ein Fragebogen entwickelt, der ab sofort an die ehemaligen Praktikanten versandt wird. Mit diesem Fragebogen soll noch einmal mit etwas zeitlichem Abstand über das Prak-

tikum nachgedacht werden und es wird abgefragt, wo die Praktikanten nach 3 bis 6 Jahren beruflich stehen. Letzter Untersuchungsschritt vor der Ausarbeitung der Studie sind qualitative Interviews mit einzelnen Freiwilligen.

Susanne Binder ▶ binder@dfi.de

„Sigmaringen. Eine andere deutsch-französische Geschichte“

Vortrag im dfi am 24. September 2019

In seinem Buch „Sigmaringen. Eine andere deutsch-französische Geschichte“ rekonstruiert Clemens Klünemann, Honorarprofessor am Institut für Kulturmanagement der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, die geistige Kollaboration zwischen Nazi-Deutschland und ‚Vichy-Franzosen‘, die vor knapp 75 Jahren in Sigmaringen ein Ende fand.

Vor allem aber zeigt er, inwiefern und warum die Dämonen der damaligen Zeit noch keinesfalls gebannt sind. Ihr Symptom ist die Renaissance vereinfachender Stereotypen in Zeiten der Krise.

Im Oktober 1944 wurde die französische Regierung, die eng mit dem III. Reich zusammenarbeitete, von den Deutschen gezwungen, ihren Sitz von Vichy nach Sigmaringen zu verlegen, um einer Gefangennahme durch die anrückenden alliierten Truppen zu entgehen. In einer Kleinstadt an der Donau trafen so für einige Monate Deutsche und Franzosen zusammen, die sich schon während der 1930er-Jahre für eine Kollaboration ihrer Heimatländer eingesetzt hatten. Wer waren diese Politiker und Intellektuellen, die in einem Schloss der Hohenzollern gemeinsam darauf hofften, doch noch ihren Traum von einem Europa unter deutsch-französischer Führung verwirklichen zu können? Und wie hatte es dazu kommen können, dass sie, die nahezu ausnahmslos zunächst der politischen Linken angehört hatten, sich später in Antirepublikanismus, Antisemitismus – und Pazifismus – gegenseitig überboten?

Antworten darauf wird Clemens Klünemann bei einem Vortrag im dfi geben. Außerdem wird er dabei erklären, wie auf deutscher Seite einige derjenigen, die während des II. Weltkriegs ein deutsch-französisch dominiertes Europa anstrebten, nach 1945 ihre Zusammenarbeit weiterführten und so auch die Vorbereitungen des Elysée-Vertrags, in dem 1963 das Prinzip einer deutsch-französischen Partnerschaft festgeschrieben wurde, beeinflussen konnten.

Darauf, dass heute entlang der Spannungslinien zwischen beiden Ländern längst überwunden geglaubte Selbst- und Fremdbilder wieder auftauchen, wird er im dritten Teil seines Vortrags ein-



Clemens Klünemann

gehen: Denn mit der Behauptung, dass Deutschland dynamisch sei, gerade in seiner Wirtschaftskraft, wohingegen sich das statische Frankreich als Klotz am Bein des ökonomischen Fortschritts in Europa erweise, wurde bereits in den 1930er-Jahren Deutschland idealisiert und das Nachbarland herabgesetzt. Parallel dazu wird von französischen und deutschen Links- und Rechtspopulisten ähnlich gegen die Staatsform der Republik gehetzt wie damals. Die Ansicht, dass Frankreich von korrupten Eliten regiert werde und die Republik eine überkommene Regierungsform sei, wurde verschiedentlich von Vertretern des *Rassemblement National*, des *France Insoumise* und auch der „Gelbwesten“ geäußert.

Am Dienstag, den 24. September 2019 um 18:30 Uhr im Deutsch-Französischen Institut, wird Clemens Klünemann sein Buch vorstellen und mit dem Publikum über die Bedeutung des Erinnerungsortes Sigmaringen diskutieren.



Wir laden Sie herzlich zu dieser Veranstaltung ein und bitten um Anmeldung über unser Anmeldeformular im Internet:

► <https://www.dfi.de/veranstaltung>
oder per Mail, Post oder Fax bis zum 23. September 2019.

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Str. 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel: 07141 - 93 03 - 0
Fax: 07141 - 93 03 - 50

► E-Mail: veranstaltung@dfi.de

► www.dfi.de

► <https://www.dfi.de/veranstaltung>

Termine

20. – 22. September 2019

Seminar On y va in Rennes.

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50

► www.dfi.de

► info@dfi.de

Redaktion: Waltraut Kruse
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner

20 Jahre Deutsch-Französische Hochschule Ein Erfolgsmodell mit viel Potenzial für die Zukunft



Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum. Aktuell umfasst das Netzwerk 194 Hochschuleinrichtungen an mehr als 100 Hochschulstandorten in Deutschland, Frankreich und Drittländern, insgesamt 185 integrierte Studiengänge, 26 Doktorandenkollegs mit rund 6.400 Studierenden und 400 Doktoranden. Angesichts der zunehmenden Internationalisierung des europäischen Hochschulsektors besetzt die DFH eindeutig eine Vorreiterrolle.

So beteiligen sich an 13 von 17 ausgewählten „Europäischen Hochschulen“, die am 26. Juni von der Europäischen Kommission bekannt gegeben wurden, 41 Hochschulen aus dem DFH-Netzwerk. Die Gründung „Europäischer Hochschulen“ zeugt von der Bedeutung offener Bildung, grenzenloser Mobilität und interkultureller Erfahrungen für die Zukunft Europas, wie sie in den Studiengängen, Doktorandenprogrammen und wissenschaftlichen Veranstaltungen der DFH gelebt werden.



Die DFH feiert ihr 20-jähriges Bestehen! Quelle: Claudia Höhne.

Kontakt:

- ▶ info@dfh-ufa.org
- ▶ www.dfh-ufa.org

Neue Personalien bei der DFH

Prof. Dr. Philippe Gréciano am 13. Juni zum neuen Vizepräsidenten der DFH gewählt

Er tritt sein Amt zum 1. Januar 2020 an. Die Funktion des Präsidenten der DFH übernimmt zum selben Zeitpunkt der jetzige Vizepräsident Prof. Dr. Olivier Mentz.

Philippe Gréciano ist Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Deutsch-Französische Beziehungen, Europäische Integration und Globalisierung an der Universität Grenoble Alpes (UGA).

Kontakt:

- ▶ info@dfh-ufa.org
- ▶ www.dfh-ufa.org

Dr. Marjorie Berthomier neue Generalsekretärin der DFH

Dr. Marjorie Berthomier trat zum 1. Juli 2019 die Nachfolge von Dr. Jochen Hellmann an, der zehn Jahre lang das Sekretariat der DFH leitete. Die Hochschulleitung, das Team und das Netzwerk der DFH danken Herrn Dr. Hellmann sehr herzlich für sein herausragendes Engagement.

Marjorie Berthomier promovierte in Allgemeiner und Vergleichender Literaturwissenschaft und widmete ihre Karriere der Wissenschaft und der Lehre, bevor sie sich der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Hochschul- und Kulturbereich zuwandte.

Kontakt:

- ▶ info@dfh-ufa.org
- ▶ www.dfh-ufa.org

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:

- ▶ <http://www.dfi.de/storno>